

Einschätzung seiner Vorschläge durchbringen konnte und glaubte, er könne mit seinen politischen Plänen die Trennung Deutschlands aufhalten, wenn nicht sogar überwinden. Diese Tragik wurde durch die Ablehnung der Kaiserschen Position durch Adenauer und seine Gruppe noch verstärkt, die ihrerseits immer mehr Einfluß in der CDU der westlichen Zonen gewann und dadurch dem Vorsitzenden der CDU der Sowjetzone die Verwirklichung zukunftsweisender gesellschaftlicher Ideen unmöglich machte. Werner Conze stellt mit seiner Teilbiographie über Jakob Kaiser erneut zentrale Fragen deutscher Nachkriegspolitik zur Diskussion. Darin liegt der Wert seiner Studie.

Kurt Schmitz

Gerhard Loewenberg, *Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland* (Parliament in the German Political System, Ithaca N. Y. 1966) Wunderlich Verlag, Tübingen 1969, 584 S., br. 44 DM, Ln. 65 DM.

Gerhard Loewenberg legt mit seiner Studie als erster eine Gesamtanalyse des Bonner Parlamentes vor, die das sonst recht schmale Angebot an Literatur über den Deutschen Bundestag erheblich bereichert. Der Verfasser hat eine Fülle von empirischem Material über Rekrutierung, Zusammensetzung und Funktionsweise des Bundestages zusammengetragen und aufgearbeitet, so daß seine Studie mehr als ein bloßer Gesetzeskommentar oder eine Ansammlung zufälliger Einzelbeobachtungen geworden ist.

Loewenberg siedelt seine Arbeit in dem Bereich der vergleichenden Regierungslehre an (S. 18), deren Bearbeitung nur in der angelsächsischen politikwissenschaftlichen Forschung in stärkerem Maße vorgenommen wird.

In einem kurzen einleitenden Kapitel werden die historischen Bedingungen des deutschen Parlamentarismus ohne eingehendere Berücksichtigung der sozialgeschichtlichen Hintergründe aufgezeichnet. Dieser Mangel erschwert dann im weiteren Verlauf das Verständnis mancher Bedingungen, Traditionen und Erscheinungsformen des deutschen Parlamentarismus, wie sie im Bundestag sichtbar werden.

Die eigentliche Analyse beschäftigt sich zunächst mit den Abgeordneten. Der Autor untersucht ihre soziale Herkunft, bemüht sich um eine Typologie und widmet den Rekrutierungsmechanismen besondere Aufmerksamkeit. Es folgt dann ein umfangreicher Abschnitt über die innere Organisation des Bundestages. Loewenberg betont besonders die starke Spezialisierung in Ausschüsse und Arbeitskreise, die die Koordination der Parlamentsarbeit zu einem kritischen Problem werden lassen.

In einem eigenen Kapitel wird der Kabinettsbildung nachgegangen. Der Verfasser fragt, wie stark der Einfluß der Mehrheitsfraktionen auf die Bestellung von Kanzler und Kabinett noch ist bei dem andererseits zunehmend plebiszitären Charakter der Wahlen. An Hand einer eingehenden Beschreibung der Regierungsbildungen seit 1949 weist Loewenberg nach, daß die Führungsgruppen der Fraktionen auf die Kabinettsbildung einen immer stärkeren Einfluß ausüben.

Am Beispiel von Fallstudien über das Zustandekommen einzelner Gesetze erarbeitet der Autor fünf Formen des Gesetzgebungsganges mit den dabei wirksamen Macht-konstellationen und Einflußfaktoren. Allerdings beschränkt sich Loewenberg zu sehr auf den quantitativen Aspekt. Er analysiert formal das Ausmaß der Gesetzgebungsarbeit, ohne ihre materielle politische Relevanz zu berücksichtigen und zu untersuchen. Der Verfasser weist vor allem auf die Tatsache hin, daß das spezialisierte Ausschußwesen inzwischen zu einem zu hohen Grad an Nichtöffentlichkeit der Parlamentsarbeit geführt hat.

Loewenberg kritisiert diese Tatsache sehr massiv und wendet sich gegen die Seltenheit von Plenumsdebatten, wodurch der repräsentative Charakter der Institution Parlament zunehmend in Gefahr gerate. In dem verbreiteten Desinteresse der Bevölkerung

an der parlamentarischen Arbeit mache sich das bemerkbar. Diese Beobachtungen treffen zweifellos zu. Die krisenhaften Symptome des zeitgenössischen Parlamentarismus, die sich allenthalben registrieren lassen, können allerdings nicht nur auf historische und psychologische Besonderheiten zurückgeführt werden, wie Loewenberg es vornimmt.

Hierin liegt eine methodische Schwäche des Buches, da eine den engen Bereich der Institutionen übersteigende gesellschaftliche Dimension fehlt, wie sie z. B. in dem Aufsatz von Otto Kirchheimer über die Opposition in der Bundesrepublik für diesen Bereich des Parlamentes aufgezeigt wurde.

Loewenbergs Buch über den Deutschen Bundestag stellt eine umfangreiche und gut aufbereitete Material- und Datensammlung über das Bonner Parlament dar. Hierin liegt der besondere Wert der Studie.

Kurt Schmitz

Rolf Ebbighausen, Die Krise der Parteiendemokratie und die Parteiensoziologie, eine Studie über Moisei Ostrogorski, Robert Michels und die neuere Entwicklung der Parteienforschung, Verlag Duncker & Humblot, Berlin/München 1969, 89 S., 18,60 DM.

Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, Untersuchung zum Demokratisierungspotential in komplexen Organisationen, Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1969, 111 S.

Heiner Flohr, Parteienprogramme in der Demokratie, ein Beitrag zur Theorie der rationalen Politik (= Wissenschaft und Gesellschaft, Bd. 4), Verlag Schwartz, Göttingen 1968, IX, 219 S., 39,50 DM.

*Ebbighausens* Buch ist umständlich geschrieben. Immer wieder stößt man auf Sätze von unnötiger und daher nur schwer erträglicher Verschachtelung. Zuweilen hat es den Anschein, als sei sich der Autor seiner Sache nicht sicher. Alle paar Seiten läßt die Vokabel »quasi« die in der Mehrzahl der Fälle mögliche Klarheit der Aussage verschwimmen.

Das alles wirkt störend, hindert den Autor jedoch nicht, folgende These überzeugend zu begründen: Durch Ostrogorski und Michels wurde die Parteiensoziologie als Krisendiagnose begründet. Dabei orientierten sich beide »Klassiker« an einem idealen Demokratie-Modell, der eine – nach rückwärts blickend – an einem liberal-parlamentarischen, der andere – vorwärts schauend – an einem radikal-demokratischen. Mit Max Weber kündigte sich ein verändertes Forschungsinteresse an, dem dann insbesondere die anglo-amerikanische Parteienforschung nachging. Sie konzentrierte sich auf die Deskription der Parteienwirklichkeit, nahm diese als Faktum hin und führte zu einer »elitist theory of democracy«. In den Mittelpunkt rückte die Frage nach den Funktionsbedingungen stabiler Parteiendemokratie. Der noch bei Ostrogorski und Michels vorhandene kritische Impuls erlahmte weitgehend.

Ebbighausen bedauert und kritisiert diese Entwicklung, gelangt jedoch nicht über die bloße Forderung hinaus, die Effizienz- und Stabilitätsanalyse mit der Untersuchung von Möglichkeiten der Demokratisierung zu verbinden. Daran ändert auch sein Versuch nichts, die nach der Fertigstellung seiner Arbeit erschienene Studie *Nascholds* ins Schlußkapitel seiner Arbeit einzubringen. Ehrlicher wäre das Eingeständnis gewesen, daß Naschold in organisationssoziologischer Sicht zur theoretischen und zu einem kleinen Teil auch empirischen Klärung eben jenes Problems der Verbindung von Effizienzanalyse und demokratisierender Strategie beiträgt, das bei Ebbighausen offenbleibt.

Naschold trifft sich zunächst mit Ebbighausen in der Ablehnung elitärer Demokratie-Auffassungen. Seine scharfsinnige und prägnant formulierte Kritik, insbesondere am Konzept der repräsentativen Demokratie und am Konzept des Parteienwettbe-